

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Februar 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Anzeigen, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 14

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Rückblicke und Ausblicke, III. — Zur Generalversammlung: Die Diskussion dazu im „Korr.“; Keinen Unterschied in der Umzugsunterstützung! Die Notwendigkeit einer erhöhten Strankensunterstützung; Keine Erhöhung des Strankengeldes!

**Gewerkschaftsrevue:** Vom jüngsten Vorstoß gegen das Streikpostenleben. — Die Tarifbewegungen im Holzgewerbe und im Baugewerbe.

**Korrespondenzen:** Dortmund. — Forst (Rauß). — Göttingen. — Kiel. — Königshütte (D. S.). — Krefeld. — Leipzig (M. S.). — Reutlingen. — Schneeberg (Erggeb.). — Zittau (M. M.).

**Rundschau:** Ein Opferauswuchs. — Meisterprüfung. — Die Berufsfrage der Buchdrucker. — Lithographenkonflikt in Leipzig. — Preßgesetzliche Verantwortlichkeit und Strafgesetz. — Von der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England. — Ausländische Gewerkschaftsnachrichten.

**Literarisches:** „Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands.

### □ □ Rückblicke und Ausblicke □ □

#### III.

Für den Buchdruck ist die allgemeine wirtschaftliche Lage also ein prompt funktionierendes Barometer. Das Verhältnis unfres Gewerbes zum Buchhandel zeigt aber eine besondere Wechselbeziehung. Wenn auch der Buchhandel nicht in dem Maß als Auftraggeber für den Buchdruck in Betracht kommt, wie von Verlagsseite gern behauptet wird, so ist er mit seinen mannigfachen Kategorien zusammen doch ein nicht zu unterschätzender Faktor in dem Etat vieler Druckereien, ja ganzer Druckorte sogar. Es braucht nur Leipzig, die Büchermetropole, genannt zu werden. Mitbin sind wir auch an dem Geschäftsgang und der Rentabilität des Buchhandels nicht wenig interessiert.

Da haben wir denn mit begreiflicher Aufmerksamkeit im Handelsteile des „Leipziger Tageblatts“ vom 23. Januar einen recht fachkundigen und eingehenden Artikel gelesen, der für diese Betrachtungen wie geschaffen ist. Der Buchhandel im Jahre 1912 befiel sich dieser aus Einzelberichten „von den hervorragendsten Vertretern des Berufs“ zusammengetragene große Jahresrückblick, in dem auch kein buchhändlerischer Zweig unerwähnt bleibt.

Auffällig ist, daß in sämtlichen Spezialberichten der Balkankrieg eine Hervorhebung findet, als hätte er das ganze vergangene Jahr hindurch gefohrt, oder als wären die Länder im südöstlichen europäischen Westerrwinkel Kulturstaaten ersten Ranges. Die Kriegsgreuel dort unten sind indes so schlimm gewesen, daß man in diesen Völkernstammen Halbbarbaren zu erblicken hat, nicht aber Bücherwürmer und Literaturverschlinger. Auf uns macht die geistliche Betonung, daß der Streit um die türkische Beute das Geschäftstrodem nicht wesentlich beeinflusst habe, denn Eindruck, als ob ein Interesse bestünde, die Geschäftslage nicht noch günstiger erscheinen zu lassen. Jedenfalls haben andre Branchen, die von den Kriegsnöten zweifellos stärker berührt werden, in den bis jetzt gebrachten Rückblicken auf das verlossene Jahr nicht solches Aufsehen davon gemacht. Wir fanden sogar mehrfach ausgesprochen, daß die hinsichtlich der ungünstigen Rückblicke des Kriegs begabten Befürchtungen sich nur zum Teil bestätigten.

Das allgemeine Urteil ist: Das Jahr 1912 ist zu den besten Geschäftsjahren des deutschen Buchhandels zu zählen! Das Kommissionsgeschäft hat infolge strafferer Organisation weniger zu leiden gehabt. Im Barfortimente haben sich trotz der Expeditionsausschläge die Aufträge zur direkten Auslieferung in der alten Höhe behauptet. Die Remitt-

tenden gingen wesentlich zurück. Verlag und Sortiment sind Hauptzweige. Sie sollen von 1912 befriedigt sein. Aktualitäten, Berichtsliteratur und viele Kriegs- und politische Werke brachten Leben und Bewegung in das Geschäft. In der schöngestigten Literatur erwiesen sich „Das eiserne Jahr“ von Bloem und „Volk wider Volk“ von dem gleichen Verfasser als Schlager. 140000 Exemplare waren bis Jahresfrist von diesen beiden Büchern abgesetzt. Mit größeren populärwissenschaftlichen Werken sind im Reisevertriebe geradezu glänzende Resultate erzielt worden. Da könne von Hochkonjunktur gesprochen werden. Der Export gestaltete sich ebenfalls günstig. Die Schundliteratur ist jedoch zurückgegangen. Die dagegen betriebene Agitation sowie die von den Behörden getroffenen Maßnahmen haben erfreulicherweise Früchte getragen. Doch wird geklagt, daß Kolportagebuchhandel und Schundliteratur vielfach verwechselt werden, so daß ersterem unnötig das Geschäft erschwert werde. Das wissenschaftliche Antiquariat, das sich immer mehr spezialisiert, hat gute Erfolge erzielt. Die illustrierten Zeitschriften haben günstige Abschlüsse gemacht. Von den hervorragendsten Blättern dieses Zweiges wurden Abonnementserhöhungen vorgebühnt, die sich leicht durchführen ließen und keinen Abonnentenrückgang zur Folge hatten. Die sich immer mehr einbürgernden Journalleserzirkel sollen die Preiserhöhung wesentlich erleichtert haben. Das Jahr 1912 brachte auch eine Anzahl neuer Journalgründungen, die jedoch keine Bedeutung erlangten. Der Musikalienhandel hat weniger gut abgeschlossen. Hier sollen die Kriege in den zwei letzten Jahren nicht ohne Einfluß geblieben sein. Als beeinträchtigende Momente werden ferner der Sport, namentlich der zunehmende Wintersport, und die zahlreich erscheinenden Musikalben genannt, mit denen deren Verleger jedoch gute Geschäfte gemacht haben.

Das Jahr 1912 ist das erste der neuen Tarifperiode gewesen. Wenn alle Prophezeiungen, die vom Buchhandel resp. dem Verlag über die Wirkungen des Tarifabflusses von 1911 gemacht worden sind, sich nur zu einem Teil erfüllt hätten, dann müßte der Buchhandel 1912 ein schlechtes Geschäft gemacht haben. Und nun erklären es die für den deutschen Verlag lonangebenden Leipziger Koryphäen als zu den besten Jahren des Buchhandels zählend! Obendrein ist die ausgegebene Parole einer Produktionseinschränkung nicht ohne Beachtung geblieben, was doch wohl eine Hemmung des Umsatzes zur Folge haben müßte. Der Buchhandel hat also eine Schwarzleherei getrieben, für die in den neuen tariflichen Vereinbarungen absolut keine Begründung zu finden war. Die Laßnahmen haben indes nicht den stark übertriebenen Bedenken der Verleger, sondern den vom Buchdruck erhobenen Gegeneinwänden recht gegeben. So war es bekanntlich immer schon.

Es dürfte auch noch in allgemeiner Erinnerung sein, wie zu Ende 1911 der Verlegerverein und der Verein der Fachpresse zu einer direkten Obstruktion gegen die infolge der tariflichen Aufbesserungen etwas erhöhten neuen Druckpreise aufgefordert haben. Das Tarifwesen der Buchdrucker habe zu „unhaltbaren Zuständen“ geführt, der Druckpreistarif baue sich auf „grauen Theorien“ auf, die technischen Fortschritte müßten besser ausgenutzt und nicht wie — angeblich — seither gehemmt werden, der Buchdrucker werde dann

in zahlreichen Fällen ohne jede Preiserhöhung auskommen, die Konkurrenz sollte nur schärfer ausgenutzt werden, wo eine Preiserhöhung aber nicht zu umgehen, dürfe sie sich nur zwischen 3 und 6 Proz. bewegen. Das waren so die Schlagworte, mit denen von Verlegerseite vor einviertel Jahren in der Presse und in Zirkularen operiert wurde. Die „Zeitschrift“ geriet darob so in Harnisch — der „Korr.“ sagte vom Gehilfenstandpunkt aus seine Meinung noch etwas gründlicher —, daß sie dem Verlegerzweibund „ausgeprägtesten Egoismus“ vorwarf und diesen „Mangel an sozialer Einsicht oder selbst an Verständnis für die Erfordernisse richtiger gewerblicher Berechnung“ als einzig dastehend bezeichne, wie sie auch über ein solch „freundnachbarliches“ Verhältnis nun eine besondere Auffassung bekundete.

Der Buchhandel hat im vergangenen Jahre seine Interessen aber gerade in einer Weise wahrgenommen, wie er sie beim Buchdruck so verdammt und bekämpft, obwohl bei diesem alle mit dem Druckpreisetarife zusammenhängenden Bestrebungen nur ein schwaches Abbild sind von dem, was der Buchhandel als sein gutes Recht anlieht. Da heißt es beim Kommissionsgeschäfte, die Überwachung des Börsenvereins habe sich „besonders wohlthätig“ geltend gemacht; Etablierungen unsicherer Elemente seien jetzt so gut wie unmöglich. Im Buchdruck sucht man jedoch die Konkurrenz auf die Spitze zu treiben! Im „Börsenblatte für den Deutschen Buchhandel“ wurde in Nr. 301 v. J. in einer Buchbesprechung ausgeführt, daß der Reinverlag (ohne Druckerei) „günstige Preisbedingungen durch Ausnutzung der starken Konkurrenz unter dem Druckgewerbe erzielen kann“. Der Antikritiker im „Börsenblatte“ weiß dann auf eine auffällige Erscheinung hin, nämlich die steigende Beteiligung von Verlagsabteilungen an Druckereien, was er für bedenklich hält. Wir haben das gleiche Empfinden, betrachten diesen Umstand sogar als eine der Triebfedern, die gegen den Druckpreisetarif wirken. „Gleichgültigkeit, die der Verlagsbuchhandel im großen und ganzen gegenüber der Verfeuerung durch den neuen Buchdruckerarif bewiesen hat“, wie der Artikelschreiber im „Börsenblatte für den Deutschen Buchhandel“ sagt, erachten wir aber keinesfalls hier vorliegend, denn wenn dem Buchdrucke so eingeheizt worden ist wie vom Verlage, dann trifft doch das Gegenteil von Gleichgültigkeit zu. Diese zunehmende Beteiligung von Verlagsbuchhandlungen an Buchdruckereien dünkt uns vielmehr eine der Ursachen der Gegnerschaft zum Druckpreisetarife zu sein. Das Austausch besonderer Richtungen in der Prinzipalität, z. B. der Weimarer Gruppe, dürfte weit eher der Ausfluß der finanziellen Teilhaberschaft des Verlags an einer größeren Zahl von Druckereien sein.

Auch im Großgeschäft läßt der Börsenverein die Überwachung von Neugründungen bei den Kolportagegrößen aus, die nunmehr ebenfalls einschränkende Bestimmungen für Lieferung ihrer Waren getroffen haben. Im Barfortimente konnte durch einheitliche Durchführung der neuen Lieferungsbedingungen der Geschäftsgewinn gehoben werden. Im Lehrmittelhandel haben die beiden großen Leipziger Firmen Volkmar und Koehler ihre Herrschaft durchgesetzt, was natürlich keine Preisverbilligung zur Folge hat.

Die Organisation des deutschen Buchhandels hat also im Jahre 1912 einen bedeutsamen Ausbau er-

fahren und die Geschäftserträge sind dadurch noch bessere geworden. Warum aber denn diese mit den eigenen Taten in so großem Widerspruch stehende gegenläufige Stellung zu dem Bemühen, im Buchdruckgewerbe gesündere Preis- und Konkurrenzverhältnisse herbeizuführen? Momentan ruht ja die Kriegsart. Aber wir wissen, es ist ein latenter Kampf, der jeden Augenblick wieder aufflackern kann. Deshalb diese Betrachtungen über die Jahresbilanz des Buchhandels. Sie können gegebenenfalls zu einer wirksamen Gegenwehr werden.

## □□□ Zur Generalversammlung □□□

Die Diskussion dazu im „Korr.“

Von der Annahme geleitet, in diesem Jahr eine größere Flut von Generalversammlungsartikeln über den „Korr.“ hereinbrechen zu sehen, haben wir für Nr. 10 in einem die Diskussion zur diesjährigen Tagung einleitenden Artikel die drohende Hochwassergefahr ablenken wollen durch eine Reihe wohlgemeinter Ratsschläge. An den Unterstützungsanstalten zu ändern, bezwecken sonst schon die meisten Anfragen und Anregungen zu den Generalversammlungen unseres Verbandes. Wenn das aber die bestimmte Aufgabe einer Generalversammlung sein soll, dann ist sicher darauf zu rechnen, daß für einen noch größeren Teil der Mitglieder das Kasernenwesen zum Mittelpunkt der Beratungen des Verbandesparlamentes wird.

Wie nun die eingegangenen Artikel — es handelt sich nicht nur um die nachfolgenden, sondern die überhaupt bis jetzt eingekamten — es jedoch ausweisen, haben unsere Direktiven wenig Beachtung gefunden. Entweder sie sind zu ausschließlich, erschweren durch mancherlei Überflüssiges das Verständnis und würden auch ungebührlich viel Raum beanspruchen, oder es werden verschiedene Materien bunt durcheinandergeworfen. Es liegt jedoch im allgemeinen Interesse und der geäußerten Anliegen auch selbst, wenn alles so kurz wie möglich gesagt und für die vorgebrachten Wünsche auch stets stichhaltiges Material erbracht wird. Wie wir die Generalversammlungsdebatten diesmal nach Möglichkeit übersichtlich anlegen, so sollten auch die Artikelschreiber jede Materie für sich behandeln; lieber einmal zwei kurze Artikel schreiben als in einem großen reiches Auserbunnt. Es ist in Nr. 10 von uns erklärt worden, zu den einzelnen im „Korr.“ offenbaren Wünschen und Anregungen zur Generalversammlung nicht Stellung nehmen zu wollen, um die Meinung der Kollegenschaft selbst herauszufordern. Dann dürfen wir aber auch die Erwartung aussprechen, daß die genannten Vorurteilungen „erklärt“ werden. Wo das nicht geschieht, muß man sich eine entsprechende Umänderung, die immer eine Verbesserung unter Wahrung von Sinn und Tenor der Artikel sein wird, wohl gefallen lassen.

Alle unsere Besichtigungen scheinen aber bei der Festlegung der Unterstützungsätze in noch verwickelterem Maße zuzutreffen zu sollen. Daß die von der letztmaligen Gauvorsteherkonferenz in dieser Frage aufgestellten Richtlinien fast vollständig wieder vergessen sind, könnte noch in den Kauf genommen werden, aber daß man unsert am 23. Januar erschienenen Artikel mit seinen recht deutlichen Hinweisen nicht verstehen will, ist denn doch etwas — zu schwerfällig. Ausdrücklich ist in Nr. 10 von einem Ausgleich gesprochen und es ist auch gesagt worden — mit etwas anderen Worten nur —, daß der Höhe der gezahlten Beiträge sich die Bemessung der Unterstützung gerechter anzupassen hat. Es sind in der Vorlage vom Verbandsvorstand und den Gauvorständen nicht allgemeine Erhöhungen vorgesehen, sondern in den Zweigen, wo Verbesserungen notwendig sind, sollen die älteren Mitglieder mehr erhalten, während bei den kurzfristigen Karenzen eine entsprechende Verminderung der Sätze eintreten soll. Es handelt sich also um einen gerechten Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung. Wenn nun Stimmen laut werden, die auf jedem Unterstützungsgebiet Erhöhungen eingeführt sein wollen, oder sonst Anregungen kommen, die einen erheblichen finanziellen Aufwand involvieren, so überlege man doch mittels eines einfachen Exempels, was denn eigentlich von dem Jahresertrag der Beitragserhöhung um 10 Pf. übrig bleibt, wenn, wie auf der Gauvorsteherkonferenz von unserm Finanzminister angekündigt wurde, durch die Arbeitslosigkeit im Jahre 1912 allein schon eine Mehrausgabe von 300 000 Mk. entstehen würde. Die Anforderungen an die Organisation wachsen doch aber auch in anderer Beziehung noch, man kann sogar sagen, in jeder. Können wir jedoch die Einnahmen nicht ins Angemessene hinein steigern, so sind eo ipso den Ausgaben ebenfalls Grenzen gezogen. Eine vernünftige Finanzpolitik kann deshalb nur auf einen Ausweg bedacht sein, der den Anforderungen der Gerechtigkeit entspricht, daneben aber auch zeitgemäßen Ansprüchen einigermaßen genügt. Den halten wir in den erwähnten Vorschlägen gefunden.

Wir bitten deshalb, sich mehr von den Tatsachen leiten zu lassen und den zur Generalversammlung im „Korr.“ zu bringenden Artikeln einen Inhalt zu geben, der eine mißbringende Diskussion gestattet. Die Redaktion.

### Keinen Unterschied bei der Amzugsunterstützung!

Mein Standpunkt in bezug auf die Amzugsunterstützung ist der, daß jedweder Unterschied zwischen „freiwillig“ und „gezwungen“ schwinden muß. Denjenigen Kollegen zuliebe, die vorwärts streben, als auch denjenigen, die sich ihrer

Würde als Mitglied einer starken Organisation bewußt sind. Man male nur nicht gleich das Defizit an die Wand, das eventuell entstehen kann. Wo es sich um Unterstützung von Idealen handelt, sollte die finanzielle Frage auch zu lösen sein, und sollte abermals der Weg der Beitragserhöhung beschränkt werden müssen.

Selen wir einmal offen und nehmen die Dinge, wie sie augenblicklich gegeben sind. Wie viele Kollegen gibt es, die nie in die Lage kommen, einen „freiwilligen Umzug“ zu vollziehen, aus dem einfachen Grunde, weil es bei ihnen nur „gezwungene“ gibt? (Diejenigen Kollegen scheiden aus, die für ihre Organisation oder den Tarif eintreten und aus diesem Grunde verzichten müssen, für sie soll jeder Konditionswechsel finanziell unterstützt werden.) Ich meine diejenigen, die ihre Zeit nicht begriffen haben und auch nicht begreifen wollen, daß man heute nicht allein guter Gewerkschafter, sondern auch ein guter Arbeiter sein muß! Unsere heutigen Arbeitsverhältnisse verlangen ganze Kräfte. Gerade den nicht auf der Höhe stehenden Kollegen dienen die heutigen Amzugsbestimmungen am meisten.

Stellen wir demgegenüber diejenigen, die sich durch eisernen Fleiß, Wahrnehmung jeglicher Fortbildungsmöglichkeit und finanzielle Opfer herausgearbeitet haben. Kann man es ihnen verdenken, wenn sie sich sträuben gegen jedwede unwürdige Behandlung? Ist es nicht unrecht, wenn sie zur Wahrung ihrer Selbstachtung die Kondition verlassen, ihnen dann nur die „freiwillige“ Unterstützung zu gewähren? Sind doch sie gerade die besten Stützen unsres Verbandes!

Selen wir doch vor allem denjenigen gegenüber gerecht, die sich auf Grund ihrer Verbandzugehörigkeit als freie Männer fühlen und sich nicht duden, wenn es heißt, Menschenwürde zu wahren. Wie mancher gute und tüchtige Kollege kann wieder zur allgemeinen Mitarbeit gewonnen werden, der heute verärgert absteigt, weil ihm das Gehalt eines „freiwilligen“ Umzugs mit geringerer Entschädigung in den Schoß geworfen hatte.

Durch Beseitigung dieses zweierlei Maßes hätte dann auch unsre Organisation den Beweis erbracht, daß sie den gegebenen Verhältnissen gerecht werden will und nicht an Überleben selbst. Andre Zeiten erfordern nicht nur andre Menschen, sondern auch andre Anschauungen! Gehen.

### Die Notwendigkeit einer erhöhten Krankenunterstützung.

Dem Schreiber des Artikels in Nr. 10 des „Korr.“, Kollege J. F. in Neustadt a. S., muß jeder vernünftige denkende Kollege Beifall zollen. Die Erhöhung der Krankenunterstützung wäre für uns Provinzler eine sehr notwendige Sache. Es ist wohl von grohem Werte, wenn Krankenunterstützungen vorhanden sind; was geschieht aber mit uns Kollegen, die wir in die kleinen Provinzstädte verfrachtet sind und die wir keine Unterstützungen besitzen? Hier, in B., erhalten wir von der Ortskrankenkasse 11,50 Mk. pro Woche und 9,80 Mk. vom Verbands-, zusammen also 21,30 Mk. Wenn auch Schreiber dieses im Gebirge wohnt, so weiß wohl jeder Kollege, daß in unsern Gewässern auch nicht Milch und Honig fließt. Der hiesige Ort zählt etwa 4000 Einwohner, aber die Lebensmittelpreise reichen hier genau so wie die Wohnungsmieten an die in den Großstädten geforderten heran. Die Stadt verlangt hier 195 Pro. Zuschlag zur Staatssteuer, was für unsern Städtchen etwas stark ist. Jede Ware, Bekleidung usw. kann ich mir in der Großstadt billiger kaufen als hier. Trotzdem aber heißt es in unserm Tarife § 4 (3): „Für Druckorte bis zu 6000 Einwohnern kann das Tarifamt unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Herabsetzung des Minimums des Gewahrgeldes um je 2 Mk. auf Antrag der betreffenden Prinzipale und Gehilfen eintreten lassen usw.“ Diesen Passus aus dem Tarife zu streichen, dafür mühten alle Kollegen bei der nächsten Tarifrevision mit Energie eintreten.

Wir kleinsten Provinzler, die wir keinen Ortsverein besitzen noch solchen in der Nähe haben, also keine Versammlungen abhalten können, für uns sollte gerade in dieser Hinsicht eine Tür aufgemacht werden, um uns durch das gleiche Minimum in die Lage zu versetzen, wenigstens vier Versammlungen im Jahre in dem nächsten Ortsverein anzuwohnen zu können. Das ist leider nicht der Fall, denn man kommt mit diesem Minimum kaum in der Familie aus, viel weniger, daß man sich auf eigene Kosten noch an einer Versammlung beteiligen kann, wo die Fahrt hin und retour allein schon 1,60 Mk. kostet. Wie wertvoll würde das aber für unsern großen Verband sein, wenn speziell der jungen Generation in den kleinsten Druckorten dadurch Gelegenheit geboten wäre, den Versammlungen in andern Orten beiwohnen zu können!

In größeren Orten trifft man ja bedauerlicherweise sehr viel junge Kollegen, die da meinen, sie hätten nicht nötig, die Versammlungen zu besuchen. Aber die Kollegen auf dem Lande würden sich gern den Versammlungen widmen; erfens, um etwas zu lernen, und zweitens, um wieder einmal mit Kollegen Fühlung zu bekommen. Dieses ist uns aber durch das herabgesetzte Minimum genommen. Ich wünsche, daß die Kollegen die Vorschläge von J. F. unterstützen und sich für dessen Vorschlag erwärmen.

Bolkshain.

P. W.

### Keine Erhöhung des Krankengeldes!

Wie nicht anders zu erwarten, wird die Zahl der Anträge zur diesjährigen Generalversammlung nicht gering sein. Der Kollege J. F. in Neustadt a. S. tritt in Nr. 10 des „Korr.“ besonders für Erhöhung der Krankenunterstützung ein. Durch langjährige eifrige Tätigkeit, speziell unsrer Kollegen, in den Ortskrankenkassen fast ganz Deutsch-

lands sind aber doch die Unterstützungsätze auf eine ansehnliche Höhe gebracht worden. In Ulzen z. B. beträgt das Krankengeld pro Tag 3 Mk. — pro Woche 21 Mk. (der Sonntag wird mitbezahlt), dazu vom Verbands- 9,80 Mk., zusammen 30,80 Mk. Ein Kollege, der das niedrigste Minimum von 26,87 Mk. bekommt, wovon er 1,50 Mk. Verbands-, 57 Pf. Krankenkassen- und 24 Pf. Invalidenkassenbeiträge zu entrichten hat, hat im Krankheitsfall 6,24 Mk. mehr an Einkommen. Dieses Beispiel steht jedenfalls nicht vereinzelt da. Solange die Arbeitslosenunterstützung nicht bedeutend erhöht wird, darf an eine nur für mit ihren Krankenkassen zurückgebliebene Orte oder Gegenden in Betracht kommende Erhöhung der Krankenunterstützung nicht herangefahren werden, denn das hieße der Simulation Tür und Tor öffnen.

Ulzen.

-s.

## □□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Wieder einmal ist der bittere Keld der Ausnahme-gesetzgebung an den Gewerkschaften vorübergegangen. Das von der konservativen Partei des Reichstags aus dem langen Wunschkehl der Scharfmacher herausgegriffene, in die Form einer Resolution gekleidete Verlangen nach einem Verbot des Streikpostenfens ist bekanntlich mit einer erdrückenden Mehrheit vom Reichsparlament abgelehnt worden. Für die Konservativen scheinen bei der Einbringung jener Resolution mehr parteipolitische Beweggründe maßgebend gewesen zu sein als sarte Rücksichtnahme auf die Herzenswünsche der Scharfmacher. Zwischen diesen sonst so Wesensverwandten besteht wohl über die Notwendigkeit der Unterdrückung des Streikpostenfens Übereinstimmung, nicht aber darüber, auf welche Art und Weise diese Unterdrückung erfolgen soll. Die meisten Konservativen haben von den Wirklichkeitsverhältnissen in der modernen Arbeiterbewegung ebenso nebelhafte Begriffe wie vom sogenannten gleichen Recht für alle. Unter diesen Umständen bereitet ihnen die Durchsetzung ihrer Forderung auf ein Verbot des Streikpostenfens kein Kopferbrechen. Und schließlich ist auch der Glaube an die Allgewalt der gepanzerten Faust auf konservativer Seite viel zu stark ausgeprägt, als daß dort der Gedanke an logische Widerstände oder Konsequenzen ernsthaft Berücksichtigung fände. Die industriellen Scharfmacher dagegen denken schon etwas realistischer über ein Verbot des Streikpostenfens. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hatte früher bereits der Regierung den Vorschlag unterbreitet, ein Streikpostenverbot im allgemeinen Bedrohungsparagraphen des Strafgesetzbuchs in folgender verfaßten Form unterzubringen:

Wer durch gefährliche Drohung einen andern in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft. Eine gefährliche Drohung im Sinne des vorstehenden Absatzes besteht nicht nur aus dem schuldigen, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überwachern.

Aber auch dieser Ausweg ist nicht geeignet, die Scharfmacher ihrem Ziele näherzubringen. Im Gegenteil müssen diese damit rechnen, daß ein gesetzliches Verbot des Streikpostenfens nicht nur für die Arbeiterbewegung hemmend und schädigend wirkt, sondern auch für die Unternehmer und ihre Verbände gewisse Nachteile mit sich bringt. Denn es ist sehr wohl denkbar, daß ein Gesetzesparagraph, der den Arbeitern verbietet würde, den Verlauf eines Ausstandes durch Streikposten beobachten zu lassen und zuziehende Arbeiter auf den Streik aufmerksam zu machen, auch die Unternehmer und ihre oft mit den gewagtesten Mitteln vorgehenden Organisationen daran hindern würde, bei Aussperrungen die planmäßige Überwachung von Betrieben auf Arbeiterentfaltungen, Produktion usw. auszuüben. Auf diese nachteiligen Erwägungen sind wohl die neuerlichen Bemühungen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zurückzuführen, in seinen schon erwähnten Vorschlag zur Strafprozeßreform nachträglich noch besondere Fußfänger für Arbeiter hineinzukommentieren. Ein ebenso lächerliches wie ausschließliches Begutachten! Daß übrigens die gemäßigte Richtung im Bunde der Industriellen (dem auch der Deutsche Buchdruckerverein angeschlossen ist) von einem gesetzlichen Verbot des Streikpostenfens kein Freund ist, das hat erst vor kurzem dessen Synodus Dr. Stapf in einem Artikel der „Nationalzeitung“ wie folgt ausgeprochen:

Die verarbeitende Industrie hat den Gedanken, auf diesem Weg eine Lösung der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zu suchen, unbedingt abgelehnt, nicht nur aus Gründen liberaler Weltanschauung, der Abneigung gegen Ausnahme-gesetze, sondern aus der Überzeugung, daß die Durchführung einer solchen Gesetzesbestimmung eine Radikalisierung der Arbeitermassen hervorrufen würde, eine Verschärfung der Arbeitskämpfe, an der der kleine Industrielle vor allem in Gegenden mit überwiegend freigewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft sehr schwer zu tragen haben würde. Diese vernünftige Ansicht Dr. Stapfs reißt sich dessen früheren zutreffenden Äußerungen über die freigewerkschaftliche Bewegung an.

Neben der parlamentarischen Aktion, die durch die Beratung des Stabs des Reichstags des Innern ausgelöst wurde, waren es namentlich die zentralen Tarifverhandlungen im Holzgewerbe, die weit über den Kreis der Angehörigen dieser Industrie hinaus die Aufmerksamkeit aller Gewerkschaften auf sich zogen. Nachdem die Vertragsverhandlungen am 13. und 14. Dezember 1912 ergebnislos geblieben waren, traten die beiderseitigen Vertreter am 16. Januar d. S. im Gebäude der Berliner

Sandwerkskammer abermals zu zentralen Verhandlungen zusammen, die wiederum als resultatlos abgebrochen werden mußten. Wer die Faltung des Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe in den letzten Jahren beobachtet hat und den Verlauf der jüngsten Tarifverhandlungen verfolgte, der wird zu der Überzeugung kommen müssen, daß es den Unternehmern gar nicht ernstlich darum zu tun war, zu einem neuen Tarifvertrage zu kommen. Die trotzdem von ihnen angebahnten Verhandlungen waren mehr darauf berechnet, die Öffentlichkeit über die wahren Absichten des Arbeitgeberverbands zu täuschen. Mit andern Worten: Man will auf Arbeitgeberseite den seit Jahren genährten Gedanken an eine Entscheidungsschlacht mit dem Deutschen Holzarbeiterverband im Jahre 1913 zur Tatsache werden lassen, wenn anders die den Arbeitern diktierten Arbeitsbedingungen von diesen nicht widerprüchlos hingenommen werden. Dieser Situation entsprach auch das den Arbeitervertretern bei Beginn der Sitzung am 16. Januar vorgelegte Minimum, das als „Angebot der Arbeitgeber“ betitelt war und für jeden Ort das Zugeständnis verzeichnete, das die betreffenden Arbeitgeber zu machen bereit waren. Bei diesen sogenannten Zugeständnissen hatten sich die Arbeitgeber durchaus von den Grundfäden lassen, die in unzweideutigster Weise von den Arbeitervertretern bei den Verhandlungen als unannehmbar bezeichnet worden waren. Sie gingen davon aus, daß die Verträge nur auf drei Jahre abzuschließen seien, und daß eine Arbeitszeitverhinderung in den Städten, die bereits 54 Stunden und weniger haben, nicht gewährt werde. Infolgedessen war eine Verkürzung der Arbeitszeit nur für wenige Städte zugestanden worden, die eine besonders lange Arbeitszeit haben. Die zu gewöhnliche Lohnerhöhung sollte sich nach dem Arbeitgeberangebot in mehr wie bescheidenen Grenzen halten, nämlich mit geringen Ausnahmen nur einen Pfennig auf die Arbeitsstunde ausmachen. Da sich diese „Zulage“ in jedem Jahre der Tarifdauer wiederholen sollte, würde die ganze Errungenschaft auf den Lohngebiete für die vorliegende dreijährige Tarifperiode nur drei Pfennig auf die Arbeitsstunde betragen haben. Von den Arbeitervertretern erfuhr denn auch das ihnen vorgelegte Dokument die gebührende Einschätzung als Beweis dafür, daß der Arbeitgeberverband auf den Krieg hinarbeitet. Nach einer von den Arbeitervertretern abgehaltenen Sonderbesprechung gaben diese die Erklärung ab, daß sie an vierjährigen Tarifverträgen festhalten und die grundsätzlichen Forderungen der Arbeitgeber bezüglich der Arbeitszeit nicht anerkennen würden. Dessenungeachtet erklärten sie ihre Bereitwilligkeit, die Verhandlungen fortzusetzen und in eine Beratung über die den einzelnen Städten zu machenden Zugeständnisse einzutreten. Als daraufhin die Vertreter des Arbeitgeberverbands das ersuchte Angebot als ein einheitliches Ganzes bezeichneten, an dem nichts geändert werden dürfe, waren die Verhandlungen als geschlossen zu betrachten. Mit voller Überlegung war vom Arbeitgeberverband also auf dieses Ziel losgetrieben worden. Den Hauptbestand setzen diese Vertreter einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit entgegen, eine Beobachtung, die auch in vielen andern Industrien beim Neuaufschluß von kollektiven Arbeitsverträgen gemacht werden konnte. Gerade in der Frage der Arbeitszeitverhinderung sieht sich die organisierte Arbeiterschaft aller Gewerbe vor die größten Schwierigkeiten gestellt. Jeder Fortschritt in dieser Beziehung, und sei er auch noch so klein, muß von den Arbeitern in heißem Kampf erkämpft werden. Neuartig berührt indes in der Tarifbewegung im Holzgewerbe das Bestreben der Arbeitgeber, in Zukunft eine kürzere Tarifperiode durchzuführen, wöhlgeinget die Arbeitnehmer an der bisherigen vierjährigen Tarifdauer festzuhalten entschlossen sind. Wie in der Frage der Reichstaxtarifverträge, so scheint auch hinsichtlich der Bedeutung langfristiger Tarifverträge ein Umschwung der Meinungen auf Seiten der Arbeiter eingetreten zu sein. Die Praxis dürfte sich auch hier als gute Lehrmeisterin erweisen haben. In der Tat sind die Stimmen aus gewerkschaftlichen Kreisen, die nach dem Abschluß kurzfristiger Tarifverträge verlangen, immer mehr im Rückgang begriffen. Sie werden aber in demselben Maße weiter abnehmen, in dem sich das Bestreben auf Arbeitgeberseite nach Erlangung kurzfristiger Verträge geltend macht, wie wir das gegenwärtig im Holzgewerbe beobachten können. Das eine schließt sich gewiß nicht für alle, und die Mahnung Ne quid nimes ist bei dem Abschluß von Tarifverträgen auf längere Zeit sicher am Platze; jedenfalls aber darf in Berücksichtigung unserer eignen Verhältnisse gesagt werden, daß der früher vielfach bekämpfte Abschluß des Buchdrucker tariffs auf fünf Jahre als das richtige Maß mehr und mehr erkannt wird, und daß auch in dieser Beziehung die Tarifpolitik der Buchdrucker vorbildlich wurde.

Unmittelbar nach dem Abbruche der Verhandlungen berief der Vorstand des Holzarbeiterverbandes die Vertreter aller Vertragsstädte zu einer Besprechung nach Berlin zusammen. Diese von 150 Delegierten besuchte Konferenz erklärte sich mit der selbstigen Stellungnahme der Verbandsleitung durchaus einverstanden und wies die Zumutungen des Arbeitgeberverbands einmütig ab. Erhöhtem die förmliche Kampfanfrage des Arbeitgeberverbands zur Zeit der Konferenz der Städtevertreter noch nicht vorlag, rechneten diese doch mit der am 15. Februar eintretenden Absperrung und erklärten, einmütig an den aufgestellten Forderungen festhalten zu wollen. Danach schien ein Kampf unausbleiblich. Nach neueren Meldungen ist jedoch die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens im Holzgewerbe noch nicht gänzlich aufgegeben.

Am 21. Januar beschäftigte sich die „Berliner Volkszeitung“ an auffälliger Stelle mit der Tarifbewegung in der Holzindustrie. Unter der Überschrift: „Herr Staatssekretär, es ist Zeit! Sollen 62.500 Arbeiter brotlos werden?“ wurde auf die schweren Schäden hingewiesen, die das ge-

samte Wirtschaftsleben durch die angedrohte Absperrung im Holzgewerbe erleiden würde und betont, daß „ein umfangreicher Kampf im Holzgewerbe auch die friedliche Entwicklung der Tarifverhandlungen im Maler- und Bauergewerbe sehr ungünstig beeinflussen und möglicherweise einen wirtschaftlichen Kampf heraufbeschwören würde, der sich wenig von einer Generalabsperrung sämtlicher baugewerblicher Arbeiter unterscheiden“ würde. Der Zweck des Artikels, zu dem das Blatt von keiner Seite inspiriert sein will, läuft darauf hinaus, die Reichsregierung zum Eingreifen anzuregen; er schließt mit der Wendung: „Erzelen, es ist Zeit!“ und scheint die gewollte Wirkung nicht verfehlt zu haben. Wie nämlich verlautet, soll nächsten der Versuch gemacht werden, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Initiative dazu hat Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch, der bereits im Jahre 1908 die Rolle des Schiedsrichters und Vermittlers zwischen den streifenden Parteien im Holzgewerbe mit Erfolg übernommen hatte, ergriffen. Auf seine Anfrage an beide Parteien, ob sein vermittelndes Eingreifen in die schwebenden Differenzen im Holzgewerbe erwünscht sei, sind zuzugende Antworten erteilt worden. Infolgedessen sind die Parteien zur Wiederaufnahme der Verhandlungen durch v. Berlepsch für den 3. Februar eingeladen worden. Hoffentlich ist eine Einigung durch die Erzielung eines befriedigenden Resultats noch möglich. Das läge nicht nur im Interesse beider Vertragsparteien des Holzgewerbes, sondern es würde seinen Eindruck auf den günstigen Verlauf der im Gange befindlichen Tarifbewegungen verwandter Gewerbe nicht verfehlen.

Hier kommen zunächst die schwebenden Verhandlungen im Baugewerbe in Betracht, die am 21. und 22. Januar im Reichstagsgebäude unter Leitung der drei Inparteilichen, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner (München), Raab und v. Schulz (Berlin), fortgesetzt wurden. Eine Hauptrolle spielte nach dem offiziellen Berichte wiederum die von den Arbeitervertretern geforderte Garantienübernahme für eine allgemeine Lohnerhöhung. Diese wurde jedoch von den Unternehmern unter Hinweis auf die überaus schwierige Lage des Baugewerbes entschieden abgelehnt. Nach weiteren Verhandlungen gaben sie folgende Erklärung ab:

Wir haben erklärt, daß wir einen Hauptvertrag vereinbaren wollen, der für das gesamte bisherige Vertragsgebiet gilt, und daß wir nicht zugeben können, daß Gebiete vertragslos bleiben. Sollten in einzelnen Gebieten Einigungen über die bezüglich zu regelnden Vertragsbestimmungen nicht zustande kommen, so wollen wir unsern Einfluß zum Abschluß von Verträgen in diesen Gebieten geltend machen, nötigenfalls unter Anrufung bezirkslicher Schiedsgerichte, jedoch unter der Voraussetzung, daß dort seitens der Zentralorganisation der Arbeiter der gleiche Wille befehle wird.

Dieser Erklärung stellten die Vertreter der Arbeiter folgende gegenüber:

Unsre Stellung zum Vertragsabschlusse hatten wir durch unsre Erklärung in München, für gegeben. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß wir zum Abschluß eines Vertrags im bisherigen Umfange bereit sind. Wir bedauern aufs tiefste, daß sich der Arbeitgeberbund trotz der außerordentlich drückenden Teuerung weigert, die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung anzuerkennen und bei seinen Unterverbänden zu befrachten. Die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten müssen wir dem Arbeitgeberbund allein überlassen. Die Frage, bezirksliche Schiedsgerichte zur endgültigen Schlichtung etwa verbleibender örtlicher Streitfragen anzurufen, ist für uns infolge der Stellung des Arbeitgeberbundes in der Lohnfrage undiskutabel. Um jedoch unsre Friedensliebe zu bekunden, sind wir bereit, die für den Abschluß neuer Verträge hauptsächlich in Betracht kommenden Fragen, wie z. B. Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, Akkordarbeit usw., zu besprechen und überlassen es den Herren Inparteilichen, die Reihenfolge dieser Gegenstände zu bestimmen. Wir erklären jedoch, daß eine endgültige Annahme des Vertragsmusters und des Hauptvertrags erst dann erfolgen kann, wenn in allen örtlichen Fragen ein Einverständnis erzielt worden ist.

In einer abermaligen Erklärung suchten die Unternehmer ihre Ablehnung einer allgemeinen Lohnerhöhung von neuem zu begründen und gaben lediglich ihr Einverständnis zu erkennen, daß in der von den Inparteilichen bestimmten Reihenfolge in der Beratung des Vertrags fortgefahren würde. Auf Grund dessen wurde über die Arbeitszeit verhandelt. War es schon nicht möglich, auf dem Lohngebiete zu einem Ergebnisse zu gelangen, so war das in der Frage der Arbeitszeit nicht weniger schwierig. Nach § 1 des bisherigen Hauptvertrags soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden in allen Vertragsgebieten eintreten. Es darf jedoch für einzelne Orte und wirtschaftlich zusammengehörige oder gleichartige Gebiete, in denen die Arbeitszeit zehn Stunden beträgt und besonders schwierige Verhältnisse namentlich in Wohnungs- und Verkehrsverhältnissen vorliegen, über eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit förmlich verhandelt werden. Die Unternehmer erklärten sich mit der Beibehaltung des bisherigen Zustandes lediglich einverstanden, während die Arbeitervertreter sich die Freiheit vorbehielten, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in weiterem Umfange hinzuwirken. Da in den wichtigsten Punkten, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverhinderung, so gut wie kein Entgegenkommen zu verzeichnen war und auch in andern Punkten (Akkordarbeit und Arbeitsnachweis) nur Gegenstände bestehen blieben, sind die Aussichten auf den Frieden im Baugewerbe jedenfalls dem Gefrierpunkte nahe. Trotzdem muß bei den Parteien der Glaube an eine Verständigung auf dem Verhandlungswege noch nicht ganz erschüttert sein, sonst hätten sie wohl kaum ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, unter Aufstellung eines neuen Vertragsmusters am 24. Februar nochmals zusammenzutreten. (Schluß folgt.)

**w. Dortmund.** (Generalversammlung am 19. Januar.) Vorsitzender Schippers begrüßte die zum erstenmal in diesem Jahre versammelten Mitglieder und bat auch für die Zukunft um rege Mitarbeit und fleißigen Versammlungsbesuch. Zwei Kollegen konnten dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen werden. Darauf wurde der Jahresbericht erstattet. Den Witwen der verstorbenen Kollegen wurden zu Weihnachten je 50 Mk. überwiesen. Die in Aussicht genommenen Änderungen im Unterföhrungsweisen des Verbandes sollen zur besseren Orientierung gedruckt und jedem Mitgliede zugestellt werden. In den Vorstand wurden neu gewählt: der zweite Vorsitzende, zweite Schriftführer, Bibliothekar, ebenso die Revisoren. Einige Sachen lokaler Natur bildeten den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Forst (Rauß).** Unsre Generalversammlung fand am 18. Januar bei fast vollständiger Beteiligung statt. Zunächst wurde der Jahresbericht erstattet. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Vorsitzenden und eine Neuwahl des Schriftführers und des Kardelldelegierten, da der bisherige Inhaber eine Wiederwahl ablehnte.

**Söppingen.** Unsre am 14. Januar stattgehabte Generalversammlung hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs zu erfreuen. Der Vorsitzende gab zunächst die Aufnahme eines Kollegen bekannt, zwei weitere konnten zur Aufnahme empfohlen werden. Den Jahres- und Kassensbericht erstattete Kollege Strobel. Auch in diesem Jahr ist eine Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Als bedauerliche Tatsache und als eigenartiger Rekord muß es bezeichnet werden, wenn in einem Ortsverein von 80 Mitgliedern am Jahreschlusse konstatiert werden muß, daß im verfloffenen Jahre 90 Kollegen zugereist und 88 abgereist sind, zumal wenn dieser Wechsel zum großen Teil lediglich einer Firma zuzuschreiben ist. Nach Erstattung des Kardellberichts durch den Vorsitzenden Kienle schritt man zur Neuwahl des Vorstandes, welcher nach längerer Aussprache per Akklamation wiedergewählt wurde. Nachdem noch einige weitere Tagesordnungspunkte ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Kollegen, durch rege Beteiligung am Verbandsleben zur Festigung unsrer Organisation beizutragen, die Versammlung.

**Kiel.** Eines guten Besuchs erfreute sich unsre Generalversammlung am 19. Januar. Der Vorsitzende verwies u. a. auf den am 30. März hierorts stattfindenden Gaugtag, zu dessen wichtigen Beratungen die Mitgliedschaft in der Februarversammlung Stellung nehmen werde. Nachdem die Jahresberichte verlesen, wurden die Neuwahlen vorgenommen, die die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden und des Kassierers ergaben; die übrigen Posten wurden zum Teil neu besetzt. Die vorliegenden Anträge fanden sämtlich die Zustimmung der Versammlung. Um dem Restantenunwesen etwas abzugeben, wurde beschlossen, die Restanten der Zahl ihrer restierenden Beiträge allmonatlich im Vereinskalender zu veröffentlichen. Einem vielfach geäußerten Wunsch entsprach die Annahme des Antrags auf Unterlassung des Rauchens in den Versammlungen. In Zukunft erhalten Arbeitslose, wenn sie freiwillige Mitglieder der Krankenkasse bleiben wollen, die Hälfte des Beitrags aus der Ortszuschusse erstattet. Erhöht wurde die Ertrantentüftung für Arbeitslose zu diversen Feiertagen sowie die Entschädigung für den Vereinsboten, desgleichen erhalten die Vertrauensmänner künftig für Teilnahme an den Sitzungen eine Vergütung. Eine längere Aussprache war den Vergütungen der Kollegenschaft gewidmet, bei welcher Gelegenheit beschlossen wurde, am Vorabend des Gaugtags zu Ehren der Delegierten ein Ausernt mit anschließendem Kommerze zu veranstalten. Mit einem Appell des Vorsitzenden zu reger Anteilnahme am Vereinsleben auch im neuen Jahre wurde die Versammlung geschlossen.

**Königsbühlle (D.-S.).** Die am 18. Januar stattgehabte Generalversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, dem der Kassierer den Kassensbericht pro vierem Quartal 1912 und den Jahreskassenbericht folgen ließ, wofür ihm Entlassung erteilt wurde. Nach Vorname einiger Änderungen des Statuts wurde zur Vorstandswahl geschritten, aus der Kollege Knoch als erster Vorsitzender und Kollege Wiczorek als Kassierer hervorgingen. — Am 4. Januar feierte der Ortsverein sein Wintervergütigen. Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Krauswitz) hatte einige Männerchöre übernommen und sehr exakt ausgeführt, wofür ihm herzlich gedankt sei. Ebenso erfreuten uns der Bezirksvorsitzende, Kollege Wialas, und andre Kollegen aus Beuthen mit ihrem Besuche. Die geschmackvoll ausgeführte Einladung nebst Programm lieferte die Firma M. Haubinger („Königsbühlle Tageblatt“). Es sei ihr an dieser Stelle dafür bestens gedankt.

**T. Stiefel.** Am 11. Januar fand die erste Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Trotz des Vortrags des Gauvorsitzers Albrecht (Köln) war die Versammlung nur von 78 Kollegen besucht; hoffentlich können wir von den nächsten Versammlungsbesuchen eine höhere Anwesenheitsziffer melden. Eingangs der Versammlung erwähnte Vorsitzender Erkelenz in einem ehrenvollen Nachrufe das Hinscheiden des Kollegen Leopold Schlinker, der am ersten Weihnachtstag an den Folgen einer Operation gestorben ist; zu seinem Andenken erfolgte die übliche Ehrung. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde bekanntgemacht, daß die nächste Bezirksversammlung in Dülken stattfindet. Alsdann wies der Vorsitzende darauf hin, die Statistikk sorgfältiger auszufüllen wie bisher. Die Kollegen von Schädernann & de Greiff hier selbst, die dort aus-

ständig werden mußten, weil diese Firma wegen Preis-schleuderei aus der Tariftgemeinschaft gestrichen wurde, sind wieder alle untergebracht, teilweise durch das intensive Arbeiten des Vorstandes, teilweise durch das Entgegenkommen einzelner Prinzipale. Bezüglich eines Urteils des hiesigen Gewerbegerichts in einer Bohlnklageache der Geßlissen gegen die obgenannte Firma, welche ja plötzlich, durch die scharfe Behandlung seitens des Herrn Schäfermann veranlaßt, in den Zustand traten, wird ein juristisches Gutachten eingefordert werden. Den Jahresbericht erstattete in ausführlicher Weise ebenfalls Kollege Erkelens, wozu Kollege Albrecht seinen Vortrag hielt: „Die christlichen Gewerkschaften“. In würdiger Weise schilderte unser Gauvorsitzer den Werdegang, das Wesen und den Zweck dieser Arbeiterorganisationen, unter besonderer Berücksichtigung des Gulenbergbundes. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Den Karnevalsbericht gab Kollege Everß in tadelloser Weise. In Krefeld haben wir jetzt auch ein Gewerkschaftshaus, es wurde zur zwanglosen Unterstüfung dieses Unternehmens der freien Gewerkschaften lebhaft aufgefordert.

**Leipzig. (Maschinenf. u. K.)** In der gutbesuchten Generalversammlung am 19. Januar wurden vor Eintritt in die Tagesordnung die verstorbenen Kollegen Wegel (Dresden) und Reuchert (München) in üblicher Weise geehrt. Unter „Bereinsmitteilungen“ nahm man Kenntnis von dem Austritte zweier Sieberkollegen. Eine Aufnahme wurde vollzogen. Mit einer Vertretung auf dem im Mai in Brandenburg a. S. stattfindenden mitteldeutschen Maschinenfabriktag erklärte man sich im Prinzip einverstanden. Hierauf erfolgte die Erstattung des Vorstandes- und Kassensberichts. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt und dem Gesamtvorstande wie auch den einzelnen Kommissionen der Dank der Versammlung für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Dem Gesamtvorstande wurde des weiteren eine Remuneration von 150 Mk. zur Verfügung gestellt. Zur Entlastung des Vorstehenden wurde die Anschaffung einer Schreibmaschine beschlossen. Ein Antrag auf Einführung einer Maschinenunterstützung an konditionlose Maschinenf. wurde einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag auf Drucklegung der Grund- und Lokalstatuten angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des Schriftführers und zweier Beisitzer, welche eine Wiederwahl von vornherein ablehnten wegen anderweiliger Verpflichtungen. Die Technische Kommission bezieht ihre Amtsbis auf einen Kollegen bei, während die Berechnungskommission die alte blieb, aber wegen zu starker Spannspruchnahme, besonders auch von außerhalb, um zwei Mitglieder vermehrt wurde. Die angenommene Statistik über den Arbeitsmarkt für das Jahr 1912 zeigte folgendes Resultat: Geheut wurden in der deutschen Fachpresse 1059 Maschinenf., während 2719 Maschinenf. Stelle suchten! — Nächste Versammlung am 9. Februar.

**E. Reulingen.** Die hiesige Mitgliedschaft hielt ihre Generalversammlung am 11. Januar bei ziemlich gutem Besuch ab, wie der Versammlungsbericht überhaupt ein befriedigender zu nennen ist. Vom Vorstande wurde der Jahresbericht erstattet. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die seitherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Es fand noch ein Antrag zur Generalversammlung in Danzig zur Diskussion, der auch angenommen wurde.

**Schneberg (Ergeb.).** Am 12. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre Hauptversammlung ab. Nach Erstattung des Jahres- und Kassensberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorstehenden. Die Ortsgruppe beschloß ferner, die Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 korporativ zu besuchen und gründete gleichzeitig eine Sparkasse. Der Versammlungsbesuch war im verfloffenen Jahr ein guter. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

**Sittau i. S. (Maschinenmeisterbezirksverein.)** — (Vierteljahrsbericht.) Die am 13. Oktober stattgehabte Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Nachdem zwei Aufnahmen vollzogen worden waren, erstattete der Vorstande Stöbe ausführlichen Bericht von der Leipziger Vorstandskonferenz, hieran schloß sich eine kurze Debatte. Sodann gab der Vorsteher den Jahresbericht. — In der Mitgliederversammlung am 5. Januar erfolgte die Besprechung des Zirkulars Nr. 35 der Zentralkommission, gleichzeitig erfolgte Stellungnahme zu dem auszufüllenden Fragebogen. Die Gründung einer Reiseparkasse wurde beschlossen. Hierauf folgte die Kritik an den Arbeiten, welche im Ausschneidekursus hergestellt worden waren. Bei dem vom Kollegen Stöbe geleiteten Kursus war die Beteiligung nicht nur auf die eignen Mitglieder beschränkt. Nach Erledigung einiger interner Sachen fand die Versammlung ihren Abschluß.

### Erwiderung.

Herr v. Elm ist mit meinem letzten Versammlungsbericht unzufrieden. Er bemängelt: 1. daß in der Versammlung kein Schreiben an den Gauvorstand nicht verlesen wurde; 2. daß über eine Resolution, die persönliche Angriffe gegen ihn enthielt, abgestimmt wurde, ohne die Versammlung über die Dinge zu informieren. Richtig ist, daß das Schreiben nicht verlesen wurde. Allein nicht böser Wille oder Fahrlässigkeit ist Schuld an der Unterlassung. Kollege Dreier, der das Schreiben in Verwahrung hatte, war durch Krankheit verhindert, an der Versammlung teilzunehmen. Doch der von v. Elm besonders hervorgehobene Satz, daß er mit dem Aufbau der Volkshilfe beschäftigt sei usw., wurde wortwörtlich zitiert.

Und nun zur Resolution. Damit die Leser des „Korr.“ auch wissen, welcher Art die in meinem Bericht dem Rotstift erlegene Resolution ist, lasse ich sie hier folgen:

Die Ausführungen Herrn v. Elms auf dem ersten außerordentlichen Genossenchaftstag in Hamburg über den Zweck des in Breslau beschlossenen Fonds der Prinzipalsorganisation zeugen von einer erstaunlichen Unkenntnis der Bestrebungen der modernen Unternehmerorganisationen.

Jeder Grundlage bar und von einer merkwürdigen Auffassung über die Wirkungsmöglichkeit einer einzelnen Person in der Unternehmerorganisation behebend ist die Behauptung v. Elms, ohne die Mitgliedschaft des Herrn Heinrich Kaufmann im Prinzipalsvereine gäbe es in Hamburg keinen Buchbinderlarif. Es gab im Gegenteil bei der letzten Larifsbewegung der Hamburger Buchbinder keinen Zeitpunkt, während dessen die Unternehmer grundsätzliche Gegner eines Larifabschlusses gewesen wären.

Unverfänglich muß es erscheinen, wenn Herr v. Elm als langjähriges Mitglied der Prehkommision des „Hamburger Echo“ behauptete, die Leistung dieses Parteiunternehmens sei früher Mitglied der Prinzipalsorganisation gewesen und sei auch heute noch grundsätzlich für die Mitgliedschaft der Parteidruckereien in der Prinzipalsorganisation. Beide Behauptungen sind unrichtig. Die Versammlung erwartet, daß Herr v. Elm künftighin sich erst sorgfältig an den jeweils in Frage kommenden Stellen unterrichtet, ehe er Unrichtiges und Unlogisches behauptet. Denn die Stellung, die er in der Öffentlichkeit einnimmt, verleiht seinen Worten erhöhte Bedeutung.

Herr v. Elm war nicht in der Versammlung anwesend. Aus dem Berichte konnte er über die Debatte und Beweiskführung nichts erfahren. Trotzdem erlaubt er sich die Verächtlichmachung, „die Versammlung stimmte der Resolution zu, ohne über die Dinge informiert zu sein“. Das Gegenteil ist richtig. Die Versammlung wußte, daß Regien in einer Erklärung, abgedruckt im „Hamburger Echo“, die Behauptung v. Elms, der Fonds für besondere Zwecke sei nur ein Wohlthätigkeitsfonds und könne gar kein Antistiftfonds sein, weil ja ein Larif besthe — als durchaus irrig zurückwies. Auch die Erklärung Berards, des Leiters der Hamburger Parteidruckerei, kennt jeder Hamburger Kollege: daß er niemals Mitglied des Buchdruckervereins gewesen war und es auch, weil Verbandsmitglied, gar nicht sein könne; daß ferner nicht eine einzige deutsche Parteidruckerei Mitglied der Unternehmerorganisation sei. Darüber liege ein grundsätzlicher Beschluß der Geschäftsführerkonferenz vor. Herr v. Elm hatte das Gegenteil behauptet. Und endlich über die Frage des Buchbinderlarifs und der Mitwirkung des Herrn Kaufmann wurde der Versammlung ganz eingehend nach Quellen berichtet, daß der Larif ohne Kaufmanns Mitwirkung abgeschlossen wurde.

Man sollte meinen, die von kompetenten Stellen erfolgten öffentlichen Zurückweisungen von v. Elms Trümmern sollten ihm nahelegen, weniger rechthaberisch und erklärungsflüchtig zu sein.

Was nach alledem noch übrig bleibt, um Raum für einen „grundtätlichen Standpunkt“ zu bieten, den v. Elm in den in Rede stehenden Fragen „nach wie vor einnehmen will“, ist mir ein Rätsel.

Karl Steinhardt.

Anmerkung der Redaktion: Schade um den Raum, der hier buchstäblich vergeudet wird. Es würde noch mehr verloren gehen, wenn wir nicht einige derbe Ausfälle gegen v. Elm gestrichen hätten. Da sich dieser in seiner Erklärung keinerlei Unsachlichkeit zuschulden kommen ließ, hätte auch Kollege Steinhardt die Pflicht gehabt, sachlich zu polemisieren. v. Elm ist trotz der in diesem Falle bei ihm anfänglich obwaltenden Irrtümer ein Mann, der sich in der Arbeiterbewegung die Sporen und erhebliche Verdienste erworben hat. Ihn richtet man nicht mit derart verfehlten Resolutionen oder mit anzüglichen, wenn nicht direkt ungesogenen Bemerkungen. Zumal in der Sache doch nur klar gebildet werden kann. Wenn von dem Kollegen Steinhardt als Schriftführer dem Herrn v. Elm mitgeteilt wurde, die Hamburger Mitglieder wünschten die Angelegenheit Kaufmann in seiner Unwesenheit zu diskutieren und der Angeprochene antwortet darauf in einem so motivierten Schreiben wie dem Einschießen (siehe Nr. 10), dann mußten die Mitglieder, die doch Aufklärung verlangten, auch die volle Aufklärung über Elms Fernbleiben in der Versammlung erhalten. Der Einschießen Brief hätte in seinem Vorkaule mitgeteilt werden müssen, dann wäre gewiß auch die Auffassung in der Versammlung eine andere gewesen. Konnte nun wegen Erkrankung des Kollegen Dreier das Schreiben nicht zur Stelle geschickt werden, so hätte die Sache verlagert werden müssen. Am wenigsten aber durfte Kollege Steinhardt das schwerste Geschick gegen v. Elm in der Versammlung aufzählen, solange v. Elms Gründe nicht vollständig und genau bekanntgegeben waren. Die in dem Versammlungsbericht in Nr. 10 enthaltene Motivierung v. Elms, warum er nicht in die Versammlung komme, ist unter diesen Umständen eine offensichtliche Tatsachenverfälschung und wird von niemand, der den Hamburger Streit in Nr. 10 und 11 verfolgt hat, als korrekte Handlungsweise des Berichterstatters angesehen werden. In der Sache selbst hat v. Elm in seinem Schreiben vom 13. Dezember an den Hamburger Vorstand klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er durchaus einverstanden sei mit der zwischen den Vertretern unseres Verbandes, der Generalkommission und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine unter Hinzuziehung des Hamburger Gauvorsitzers in einer gemeinsamen Sitzung getroffenen betrieblichen Erledigung des Streits über den besonderen Fonds. Damit ist doch eine Korrektur seiner anfänglichen Auffassung über diese Dinge zugegeben, was auch von der Verlagsgesellschaft gilt. Das war eine laonale Erklärung, die dem Kollegen Steinhardt keine Veranlassung hätte geben sollen, in der Versammlung am 8. Januar nochmals Sturm gegen v. Elm zu laufen, noch dazu angesichts des Umfandes, daß der ausklärende Einschießen Brief in dieser nicht verlesen werden konnte. Regien gab nach seiner Rückkehr aus Hamburg dem „Vorwärts“ einen Wink, daß es des grauenhaften Spiels nun genug sei in dieser Sache. Außerdem hat Regien im „Hamburger Echo“ den Satzbefund auch klargelegt, womit einige irrtümliche Behauptungen v. Elms abgelehrt wurden. Was trieb den Kollegen Steinhardt da noch dazu, den Nachrichter in einer Hamburger Versammlung zu spielen? Zulchriften von Hamburger Mitgliedern an uns lassen denn auch erkennen, daß man mit Steinhardts Vorgehen nicht einverstanden ist. Wenn v. Elm in seinem Schreiben an den Gauvorstand von einem „grundtätlichen Standpunkte“ spricht, so hat das Kollege Steinhardt falsch verstanden, und wenn v. Elm dann am Schluß der Erklärung in Nr. 11 sagt, er stehe auch jetzt noch, d. h. nach der Versammlung vom 8. Januar, auf dem in jenem Schreiben eingenommenen Standpunkte, so kann damit doch lediglich gemeint sein, daß er an der aus der erwähnten Aussprache sich ergebenden Konsequenz festhalte, was doch nur richtig ist. Kollege Steinhardt zitiert zum Schluß noch eine Bemerkung v. Elms, die wir in dessen Erklärung überhaupt nicht finden. Die Verwendung von Anführungszeichen bedeutet in solchen Fällen doch sonst eine wörtliche Wiedergabe. Was Kollege Steinhardt noch über die sozialdemokratischen Druckereien und ihre Stellung zum Deutschen Buchdruckerverein ausführt, ist schon aus Nr. 141 v. J. untern Lesern bekannt. Befiehet man sich den ganzen Streit bei Lichte, dann ist einmal wieder mit Kanonen nach Spaken geschossen worden. Vorbeeren werden dabei nie geerntet.

Das war eine laonale Erklärung, die dem Kollegen Steinhardt keine Veranlassung hätte geben sollen, in der Versammlung am 8. Januar nochmals Sturm gegen v. Elm zu laufen, noch dazu angesichts des Umfandes, daß der ausklärende Einschießen Brief in dieser nicht verlesen werden konnte. Regien gab nach seiner Rückkehr aus Hamburg dem „Vorwärts“ einen Wink, daß es des grauenhaften Spiels nun genug sei in dieser Sache. Außerdem hat Regien im „Hamburger Echo“ den Satzbefund auch klargelegt, womit einige irrtümliche Behauptungen v. Elms abgelehrt wurden. Was trieb den Kollegen Steinhardt da noch dazu, den Nachrichter in einer Hamburger Versammlung zu spielen? Zulchriften von Hamburger Mitgliedern an uns lassen denn auch erkennen, daß man mit Steinhardts Vorgehen nicht einverstanden ist. Wenn v. Elm in seinem Schreiben an den Gauvorstand von einem „grundtätlichen Standpunkte“ spricht, so hat das Kollege Steinhardt falsch verstanden, und wenn v. Elm dann am Schluß der Erklärung in Nr. 11 sagt, er stehe auch jetzt noch, d. h. nach der Versammlung vom 8. Januar, auf dem in jenem Schreiben eingenommenen Standpunkte, so kann damit doch lediglich gemeint sein, daß er an der aus der erwähnten Aussprache sich ergebenden Konsequenz festhalte, was doch nur richtig ist. Kollege Steinhardt zitiert zum Schluß noch eine Bemerkung v. Elms, die wir in dessen Erklärung überhaupt nicht finden. Die Verwendung von Anführungszeichen bedeutet in solchen Fällen doch sonst eine wörtliche Wiedergabe. Was Kollege Steinhardt noch über die sozialdemokratischen Druckereien und ihre Stellung zum Deutschen Buchdruckerverein ausführt, ist schon aus Nr. 141 v. J. untern Lesern bekannt. Befiehet man sich den ganzen Streit bei Lichte, dann ist einmal wieder mit Kanonen nach Spaken geschossen worden. Vorbeeren werden dabei nie geerntet.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Ein Offertenaußwuchs.** Unter Hinweis auf die Notiz in Nr. 12: „Bedenkliche Stellengelecke“, ging uns von einem Prinzipal eine an ihn gerichtete schriftliche Offerte eines Gehilfen aus Saarbrücken zu, worin dieser auf ein Inserat, wodurch ein Schweizerbeleg gesucht wurde, dem Prinzipale folgendes zu glauben zumute: „... Bezugnehmend auf Ihre geschätzte Anzeige im „Allgemeinen Anzeiger“ erlaube ich mir die höfliche Anfrage, ob die ausgeschriebene Stelle noch zu befehlen ist. In allen in Ihrer Anzeige gestellten Sparten bin ich firm. Im Ahndigen- und Tabellenfabe bin ich durchaus bewandert. Tügel, Schnellpressen und achtfelrige Rotation bediene ich selbständig. Auch bin ich Flach- und Rundstereotypen. Jede Arbeit, egal welchen Umfanges, kalkuliere ich richtig. Korrekturen und Revisionen erledige ich gewissenhaft. Auch einige Kenntnisse der französischen Sprache besitze ich. Da ich schon einmal eine Druckerei eingerichtet habe, glaube ich eine geeignete Kraft für Sie zu sein. Ich bemerke allerdings, daß ich nur auf dauernde Stelle reflektiere, da ich verheiratet bin. Alter 23 Jahre. Augenblicklich befinde ich mich in ungekündigter Stelle. Zeugnisabschriften sowie Arbeitsproben stelle auf Wunsch gerne zur Verfügung. In meiner jetzigen Stelle habe ich einen Wochenlohn von 30 Mk. Inbem ich mir baldigen ausführlichen Bescheid bitte, zeichne ich mit Hochachtung (Unterschrift)“. Dieses schneidige Angebot hatte jedoch, wie Figura zeigt, eine ganz andre Wirkung, als der Heerenmeister in Saarbrücken erwartete. Der Prinzipal schickte es nämlich an uns und bekundete damit, daß er weniger von der technischen Leistungsfähigkeit des jungen Schreibers überzeugt ist als von dessen kaum glaublicher Ungehörigkeit. Er schreibt dazu noch in seinem Begleitbriefchen zu der Originalofferte: „Gerade die Vielfältigkeit bei einem Alter von 23 Jahren war Anlaß, Abstand zu nehmen und eine Kraft von weniger schriftlichen Qualifikationen zu 34 Mk. zu engagieren“. Wenn jeder Prinzipal solche Offerten in gleicher Weise behandeln würde, wäre das zweifellos das beste Mittel, solche Auswüchse auszumergen. Für alle aber, die sich auf die Hosen setzen, um ihre Arbeitskraft schriftlich zu empfehlen, sei diese Notiz eine ernste Warnung vor Übertreibungen. Denn nicht immer werden wir die Namen solcher Felder freizehen.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Oppeln bestand der Kollege Rudolf Hoff aus Myslowitz die Meisterprüfung mit der Note „Gut“.

**Die Berufsliste der Lichtdrucker.** Einem Berichte der Leipziger Filiale des Verbandes der Lithographen, Steindruckers und verwandten Berufe entnehmen wir über die Berufsliste der Gehilfen im Lichtdruckgewerbe folgendes: Im Februar 1911 gelang es den Lichtdruckern Deutschlands, einen Zentrallarif mit dem Bunde der Lichtdruckereibesitzer abzuschließen. Die wichtigste Ertrungenschaft war darin die Verkürzung der neunmündigen Arbeitszeit auf acht Stunden, die Anfang Januar 1913 in Kraft zu treten hatte. In Deutschland sind etwa 900 Gehilfen im Lichtdrucke tätig, die alle in den Gemüß der kurzen Arbeitszeit kommen müssen, darunter befinden sich annähernd 270 Maschinenmeister. Die Lichtdrucker sind im polnographischen Gewerbe die erste Arbeiterkategorie, der es gelang, den Widerstand der Unternehmer zu brechen, den sie in der Herabsetzung der Arbeitszeit den Maschinenarbeitern entgegenzusetzen. Dafür verstanden es aber die Unternehmer, durch gesteigerte Anforderungen an die Gehilfen, durch Einführung noch schärferer Kontrolle, amerikanischer Betriebsmethoden, durch Antreibepraktiken aller Art, Vergrößerung der Druckformate bis zum äußersten usw. das Menschenmögliche aus den Arbeitern herauszuholen. Mit der Quantität hielt jedoch die Qualität nicht gleichen Schritt. (Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 14 — Leipzig, den 1. Februar 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

sehr zum Schaden des Gewerbes. Doch den ärgsten Stoß verfehlte ihm die famose deutsche Zollpolitik, die den Konkurs einiger großer Lichtdruckereien zeitigte. Diese produzierten für den Auslandsmarkt, fanden jedoch wegen des hohen Einfuhrzollens, mit dem die Lichtdruckerei namentlich in Amerika begünstigt wurde, für ihr Produkt keinen Absatz mehr. Fast die gesamten Lichtdrucker, die dadurch arbeitslos wurden, haben bis heute keine Arbeit erhalten können, da Neueinstellungen von Arbeitskräften kaum noch vorkommen. Auch kann nicht unerwähnt bleiben, daß nach Ausprüchen bekannter Autoritäten des Kunstgewerbes der Lichtdruck als von andern Verfahren weit überholt bezeichnet wird. Die dadurch sich stark fühlbar machende Konkurrenz, hervorgerufen durch den gewaltigen Fortschritt der Technik in den Reproduktionsverfahren, läßt die Unternehmer zu ihrem bekannten Mittel greifen, die Löhne herabzudrücken. Sie glauben dies durch möglichst zahlreiche Einstellung von Lehrlingen zu erreichen, was die vielen Inerter beweisen, die in letzter Zeit in den Tageszeitungen zu lesen sind und in denen sie den Beruf so schildern, daß er den ihn Ausübenden eine gesicherte Existenz verspricht. Wie steht es denn in Wirklichkeit damit? Hat der junge Mann seine Lehre beendet, so wird er in den meisten Fällen über kurz oder lang vom Betrieb abgetrieben. Das wäre vielleicht belanglos. Doch nicht im Lichtdruck; in diesem Fach stellen die Druckereibesitzer nur erfahrene, ältere Kräfte für dauernde Stellen ein, die jungen Leute nimmt man allenfalls als Rückenbüttel während der Saison im Sommer und entläßt sie zum Herbst wieder. Aber auch alte erfahrene Kollegen finden schwer im Land Arbeit, und im Auslande schaut es noch trostloser im Lichtdruck aus.

**Lithographenkonflikt in Leipzig.** Die Lithographische Anstalt von G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich keine ungünstige Akkordarbeit aufzwingen lassen wollten.

**Preßgesetzliche Verantwortlichkeit und Strafgesetze.** Eine interessante Entscheidung fällt kürzlich das Amtsgericht in Jhehoo, indem es anerkannte, daß der verantwortliche Redakteur einer Zeitung wegen Beleidigung durch die Presse nach § 186 des Strafgesetzbuchs nicht belangt werden könne, wenn er den Nachweis erbringen kann, daß er zur Zeit der Veröffentlichung der Beleidigung in seiner Zeitung die Redaktionsgeschäfte nicht führen konnte. In vorliegenden Falle wies der angeklagte Redakteur nach, daß er in den Wochen vor und nach dem Erscheinen des beleidigenden Artikels krankheitshalber in Österreich gewillt habe. Er erklärte sich jedoch bereit, die volle Verantwortung für den Artikel auf Grund des § 21 des Preßgesetzes zu übernehmen. Wie nun der „Zeitungsverlag“ in Nr. 4 berichtet, machte der Verteidiger aber geltend, es sei ausgeschlossen, daß der betreffende Redakteur sich einer Beleidigung schuldig gemacht habe; denn § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs setze voraus, daß er persönlich als Täter herabsetzende Äußerungen über den Privatkläger gemacht habe. Eine solche Täterchaft könne aber nicht in Frage kommen, da er nachgewiesenermaßen nicht der Verfasser des Artikels sei. Wenn eine Befragung erfolgen müßte, so könne dies nur aus § 21 des Preßgesetzes gesehen, und zwar wegen Fahrlässigkeit. Auf Grund des letztgenannten Paragraphen könne aber das Gericht nicht zu einer Verurteilung kommen, da die Anwendung des § 21 des Preßgesetzes bedinge, daß die Anklage wegen eines solchen Vergehens von der Staatsanwaltschaft erhoben werde. Eine Privatklage aus § 21 des Preßgesetzes sei unzulässig. Es sei also dem Privatkläger anheimgegeben, bei der Staatsanwaltschaft einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das Gericht pflichtete diesen logischen Ausführungen bei und sprach den Angeklagten frei.

**Von der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England.** Nach neuester amtlicher Feststellung haben sich in England bis Ende vorigen Jahres 2250630 Arbeiter für die zu Beginn des Jahres 1913 in Kraft tretende staatliche Arbeitslosenversicherung eintragen lassen. Auf den Maschinenbau entfallen 788000, auf das Baugewerbe 779300, auf den Schiffsbau 240600, auf den übrigen Fahrzeugbau 345500 und der Rest auf einige andre kleinere Berufszweige. Die Unterstützung beträgt für Bauarbeiter 6, für andre 7 Schilling die Woche. Es wird im Verhältnis von 1 auf 5 Beitragswochen, doch nicht für länger als 15 Wochen im Jahre gewährt. Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsfreistellungen oder infolge schlechter Führung schließt vom Bezuge der Unterstützung aus.

**Ausländische Gewerkschaftsnachrichten.** In Afrika räumen sich die Syndikalist des Verdienstes, durch Gerichtsurteil von der Verpflichtung, den von der Bergarbeiterorganisation für Neuwälores für die parlamentarische Arbeiterpartei eroberten Extrabeitrag zu zahlen, befreit zu sein. — In England fand ein Streik von 5000 Bergarbeitern in Wales dadurch sein Ende, daß die Nichtorganisierten alle der Gewerkschaft beitraten. Als Zeichen der Zeit kann man einen Beschluß zur Verschmelzung der drei englischen Eisenbahngewerkschaften betrachten, besonders die Diskussion über die Festlegung des Namens der neuen Vereinigung, die über 200000 Mitglieder zählen wird. Mehrere Führer sprachen sich dafür aus, den Namen der

ältesten und größten Eisenbahnerorganisation „Amalgamated Society of Railway Servants“ (Amalgamierte Vereinigung der Eisenbahndiener) beizubehalten. Dagegen erhoben sich scharfe Proteste. Man müsse die Gelegenheit ergreifen, dieses Merkmal des Gerollismus aus dem Namen zu streichen. Die Eisenbahner wollen keine Diener, sondern freie Männer sein. Die Konferenz entschied sich für den Namen „National Union of Railwaymen“, nationale Union der Eisenbahnmänner. — In Frankreich wurden 19 Vorstandsmitglieder der Pariser Bauarbeitergewerkschaft wegen antimilitaristischer Agitation zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Nachdem diese nun ihre Strafe angetreten haben, beherbergt ein Gefängnis in Paris allein nicht weniger als 34 Gewerkschaftsmitglieder, die in den letzten Monaten wegen politischer Vergehen verurteilt sind; dazu paßt die an allen französischen Gefängnissen über dem Eingange prangende Inschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in keiner Weise. — In Japan plant die Regierung, einen Gelehtentwurf auszuarbeiten, wonach alle Unternehmer verpflichtet werden sollen, am Jahreschluss einen bestimmten Prozentsatz des Reingewinns an solche Arbeiter zu verteilen, die im Laufe des Jahres an keiner Arbeitseinstellung beteiligt waren. — Auf den dänischen Inseln war im Jahre 1912 jeder zwölfte Landarbeiter ein Pole. — In Österreich laufen in diesem Jahr im Baugewerbe ebenfalls viele Tarifverträge ab. Alle bisherigen Verhandlungen verliefen ergebnislos, da die Unternehmer darauf bestehen bleiben wollen, daß jede Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit fallen gelassen wird. — In der Schweiz sind das Unternehmertum in Verbindung mit politischen bürgerlichen Parteien eifrig am Werke; gegen die Gewerkschaften „staatsverhaltende“ Arbeitervereine zu gründen. — In New York streiken gegenwärtig die Schneider, Köche und Kellner. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich auf etwa 200000.

## Literarisches

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands. Die vorliegende Nr. 1 des dritten Jahrganges dieser von den deutschen Maschinenmeistern selbst geschaffenen Fachschrift enthält wieder verschiedene sehr lehrreiche Abhandlungen aus dem vielseitigen Arbeitsgebiete der Drucker. In einem Artikel über „Theorie und Praxis“ wird von der Zentralkommission selbst eine sachkundige Gegenüberstellung der Unterschiede zwischen Theorie und Praxis für die tägliche Arbeit des Druckers gegeben und gleichzeitig angekündigt, daß in einer der nächsten Nummern von autoritativer Seite eine Anregung zu einer Diskussion über die Möglichkeiten einer einheitlicheren Arbeitsweise in den Druckereien zur Veröffentlichung kommen wird. Unzweifelhaft erwirbt sich die Zentralkommission der Maschinenmeister damit ein großes Verdienst, wenn sie das Wagnis unternimmt, diese durch die bekannte Phrase von der Zurückhaltung oder dem Rückgange der Leistungen immer brennender werdende Frage in sachlicher Weise einem Meinungsaustausch und vielleicht auch einer Klärung entgegenzuführen. Nicht minder instruktiv und beachtenswert sind aber auch die weiteren Artikel dieser „Technischen Mitteilungen“. Der Aufsatz über die Trockenfähigkeit der Druckfarben verrät ganz besondere Fachkenntnis und zeichnet sich vor allem durch leichtverständliche Sprache aus. Er sollte von jedem Drucker im eignen Interesse gründlich studiert werden. Mancher Verdruß, mancher Zeitverlust und Mahulaturdruck könnte verhindert werden, wenn die hier geschilderten Ursachen und Folgen der verschiedenen Farbentrockenheitsfähigkeit schon in der Lehrzeit jedem Drucker verständlich gemacht würden. Wie wir auch bei dieser Gelegenheit glauben darauf hinzuweisen zu sollen, daß es nur zu begrüßen wäre, wenn die technischen Mitteilungen der Sparten auch den älteren Lehrlingen zugänglich gemacht würden. Gar manches, was dem Lehrling in seiner Lehrdruckerei an technischen Handgriffen oder Arbeitsweisen verborgen bleibt, könnte ihm dadurch zugänglich gemacht werden, und zwar mit weit mehr Nutzen als durch sonstige Fachschriften, die darauf angewiesen sind, möglichst alle Gebiete des Buchdruckergewerbes zu berückichtigen. So finden wir auch den Artikel über die Bedeutung der Meisterprüfung für das Buchdruckergewerbe (die wörtliche Wiedergabe eines Vortrags des Kollegen W. Walther in München) als eine glücklich getroffene Art, das komplizierte Thema besonders in Druckerkreisen verständlich zu machen. Diese Arbeit ist eine erfreuliche Ergänzung zu den schon im „Korr.“ veröffentlichten Artikeln über die gleiche Frage, daß man sagen kann, wer nach gründlichem Durchlesen dieser Aufsätze über die Bedingungen und die Bedeutung der Meisterprüfung noch im Zweifel ist, dem wird auch weitere Aufklärung kaum mehr helfen können. Alles in allem, wir können den Bemühungen der Zentralkommission der Maschinenmeister wie auch der aller andern Sparten, auf diesem Wege die technische Vervollkommnung ihrer Mitglieder zu fördern, nur volle Anerkennung zollen und wünschen, daß diese ideale Arbeit nicht erlahmen möge. Denn sie verkörpert ein ernstes Pflichtgefühl und stützt das prinzipielle Fundament unsrer

gewerkschaftlicher Forderungen in einwandfreier Weise. — Anfragen oder Zusendungen bezüglich der „Technischen Mitteilungen“ sind an G. Dörband, Berlin = Neukölln, Weiserstraße 131 II, zu richten.

## Versehene Eingänge.

„Anleitung zum Farbenmischen.“ (Berichtigung. Von der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands wurden wir ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß die „Anleitung zum Farbenmischen“, die schon in Nr. 9 d. J. an dieser Stelle näher beschrieben worden ist, am besten von den örtlichen Maschinenmeistervereinen bezogen wird. Im andern Falle sind bei Bestellungen durch die Zentralkommission 10 Pf. für Porto miteinzuladen und bei Bestellungen mittels Postanweisung noch 5 Pf. Bestellgeld. Der billige Preis von nur 20 Pf. für die „Anleitung“ läßt dieses Verlangen als völlig berechtigt erscheinen.

## Geborben.

In Michach am 22. Januar der Buchdruckereibesitzer Sgnaz Mayer, 77 Jahre alt.  
In Hagen am 28. Januar der Seher Gustav Schmöle aus Herloh, 48 Jahre alt.  
In Hannover der Seher Friedrich Benedix, 57 Jahre alt — Schlaganfall.  
In Oranienburg am 23. Januar der Buchdruckereibesitzer Eduard Frenhoff, 68 Jahre alt.  
In Strahburg i. E. am 25. Januar der Faktor Christian Hlgers, 59 Jahre alt — Herzschlag.  
In Weihenburg i. E. am 8. Januar der Buchdruckereibesitzer R. Adernann.  
In Zielentz am 22. Januar der Seher Martin Häuffert von dort, 27 Jahre alt — Lungenleiden.

## Briefkasten.

Nach Marne: Das Büchlein bestellt sich: „Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.“ Von H. Sommerkamp. Zu beziehen für 50 Pf. durch den Verlag der Universitätsdruckerei Johannes Bredt in Münster i. W.; in Partien billiger. — D. D. in Wittenberg: Das uns zugegangene Material über den freiwilligen händlerischen Nachweis in Weimar werden wir nach dort weitergeben. — Und solche Herren mokieren sich noch über andre! — S. J. in L.: Geben Sie dem Betreffenden von Ihrem Verdacht und Ihrer Ablicht Kenntnis, dann wird er doch den Mut haben, mit der Wahrheit herauszurücken. — P. R. in Dresden: Wir danken bestens für die Aufmerksamkeit; doch wollen wir dieshalb keine besondere Berichtigung bringen. Es ist ein Werk des Druckfehlerleuels, aber ihm zum Truze verlassen wir uns darauf, daß alle, die näher Bescheid wissen, sich in gleicher Weise wie Sie die Sache zurecht legen. Und die andern, die es nicht wissen, können sich auch nicht dadurch beschwert fühlen. — M. G. in L.: Ihre Kataloge weisen eine solche Zeitung nicht auf. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Redaktion des „Zeitungsverlags“ in Magdeburg zu wenden. — W. R. in Dresden: 6,30 und 5,45 Mk. — A. St. in Hagen: 2 Mk.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

## Bekanntmachungen.

Infolge verschiedener Anfragen machen wir die verehrlichen Gau-, Bezirks- und Mitgliedschaftsvorstände darauf aufmerksam, daß die Anfang dieses Jahres eingetretene Beitragserhöhung für alle Arten von Beiträgen Platz greift.  
Berlin. Der Verbandsvorstand.

Sur Berichtigung des am 15. Februar neuerschienenen Adressenverzeichnisses werden diejenigen Bezirksvorsteher und -hallleiter bzw. Vorstehenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 5. Februar der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, anzugeben.  
Berlin, den 23. Januar 1913.

## Die Hauptverwaltung.

## Adressenveränderungen.

Ansbach. Vorsitzender: Joseph Bronath, Mühlberger Straße 6.  
Dresden. (Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Paul Heinjus, Riesaer Straße 27; Kassierer: Friedrich Feuker, Döhlener Straße 27 III I.  
Düren (Rheinland). (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Joseph Radermacher; Kassierer: Valentin Rös, beide Biesfelder Straße 23.

**Erlangen.** Vorsitzender: Max Böres, Säckerstraße 3.  
**Gottesberg.** Kassierer: Adolf Reichelt, Schultstr. 37 I.  
**Sirchberg (Schle).** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: D. Seiffert, Berndtstraße 3.  
**Jülich.** Hugo Freudenthal, Grünstraße 34.  
**Köln (Dr).** Vorsitzender: Karl Schulz, Buchdruckerei „Märkische Volksstimme“, Am Amstisch 18.  
**Krimmichau.** Vorsitzender: A. S. Jonda, Markt 4 II;  
 Kassierer: Richard Meßner, Lufherstraße 36.  
**Leipzig.** (Korrekturen.) Vorsitzender: Max Werner, Hohenzollernstraße 3 III; Kassierer: Artur Wölfer, Neustadt, Mariannenstraße 19 II.  
**Mülheim (Ruhr).** Kassierer: A. Kaiser, Kämpchenstraße 65 pt.  
**Wiesbaden.** Vorsitzender: F. Wilke, Nesselbedstraße 24 IV; Kassierer: P. Seroth, Oneisenaustr. 2 IV.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
 In Altkarbe der Schweizerdegen Otto Behke, geb. in Gengkau 1891, ausgel. in Graudenz 1909; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oderstr. 5 II.

In Saarbrücken der Drucker Wilhelm Bierstedt, geb. in Mchersleben 1873, ausgel. das. 1891; war schon Mitglied. — Nik. Gutendorf in Saarbrücken 1, Alte Meßerstraße 23.

In Schwerte der Schweizerdegen Kurt Schmeißer, geb. in Irlipis i. Thür. 1893, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Heintzstraße 30.

**Arbeitslofenunterstützung.**

**Thorn.** Der Drucker Wilhelm Gerbert aus Heidelberg (Hauptbuchnummer 90225) wird erfußt, seinen Rest an Karl Sulz, Thorn-Möcker, Bornstraße 18, einzuliefern, da sonst Ausschluß beantragt werden wird. Die Herren Funktionäre werden höflichst erfußt, G. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

**Berufungskalender.**

Berlin. Generalversammlung Montag, den 3. Februar, im „Gewerkschaftshaus“, Engelkufer 15.  
 — Maschinenseherverfammlung Sonntag, den 2. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelkufer 15.

Barmen. Bezirksverfammlung Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Barmen, im „Historiaale“ des Herrn Bromberg, Parhamenstraße (neben dem „Gewerkschaftshaus“). Anträge an den Vorsitzenden.

Bielefeld. Korrektorengeneralverfammlung Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Herford, im Restaurant „Zum Goldenen“, Herfordstr.

Deffau. Maschinenseherverfammlung heute Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Liwol“.

Eberswalde. Verfammlung heute Sonnabend, den 1. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Bismarckstraße.

Frankfurt a. M. Vertrauensmännerverfammlung heute Sonnabend, den 1. Februar, im „Gewerkschaftshaus“.

— Bezirksverfammlung Sonntag, den 9. Februar, im „Gewerkschaftshaus“.

Dsnabrück. Bezirksverfammlung Sonntag, den 23. Februar, in Dsnabrück. Anträge bis 16. Februar an den Vorsitzenden.

Kalitor. Generalverfammlung Sonntag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, im „Gutenberg“. Anträge bis 4. Februar an den Vorsitzenden.

Athen. Verfammlung Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Bits, Am Markt.

Saarbrücken. Bezirksverfammlung Sonntag, den 23. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Liwol“. Anträge bis 17. Februar an den Bezirksvorsitzenden.

Stuttgart. Maschinenseherverfammlung Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Tübingen. Verfammlung Sonntag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Santaria“.

Ein alter Brauch ist es, daß man sich bei besonderen Anlässen, wie bei Geburts- und Namenfesten, bei Verlobung, Vermählung und dgl., beschenkt. Selbstverständlich will man nur Gedegebenes spenden. In solchen Vertrauenssachen kann man sich unbesorgt an das beiführende, als streng reell bekannte Versandgeschäft Sonab & Co. in Berlin NS. 407 wenden. Welch enorme Auswahl diese hervorragende Firma in Geschenks- und Luxusartikeln, Schmuckfachen, Uhren, Musikinstrumenten, photographischen Apparaten, Sprechmaschinen, Spielwaren usw. zu soliden Preisen auf Leihzahlung bei bezugnehm monatl. Raten bietet, davon gibt der vornehm ausgestattete Prachtkatalog bereites Zeugnis. Als Beleg für die Leistungsfähigkeit der Firma sei mir an den

enormen Umfaß (alljährlich 25000 Uhren, Tausende Sprechmaschinen und über zweihunderttausend Sprechmaschinenplatten) und an die reiche Ausbeutung des Kundenkreises erinnert. Dieser erstreckt sich über 28000 Orte Deutschlands. Nähere interessante Details verrät der reich illustrierte, 600 Seiten starke Prachtkatalog mit 4000 Abbildungen, den jeder Leser dieses Blattes auf Verlangen gratis und portofrei erhält. Wir empfehlen daher allen diesen Lesern, die ein Geschenk zu machen haben oder selbst etwas benötigen, umgehend eine Postkarte zu schreiben an Sonab & Co., Berlin NS. 407, Belle-Alliance-Straße 3, und diesen Prachtkatalog zu verlangen. [215]

**Maschinensehervereinigung Rheinland-Westfalens.**

Sonntag, 9. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Bochum, im Restaurant „Zum goldenen Löwen“ (Griß Köhmann), Ecke Roos- und Roffstraße: [222]

**Generalverfammlung.**

Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Jahresbericht des Vorstandes und Neuwahl desselben; 3. Vortrag des Kollegen Vothloff (Hagen): „Welche Lehre gibt den deutschen Maschinensehern die Proschüre des Kollegen Höhne (Berlin) über die Sehmachmaschinenverhältnisse im Auslande?“; 4. Kasfenbericht, Aufnahmen und Ausschüsse; 5. Statutenänderung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir einen zahlreichen und pünktlichen Besuch.

Der Vorstand.

**Maschinensehervereinigung im Gau Dresden.**

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Adams Restaurant, Kaulbachstr. 19:

**Generalverfammlung.**

Vormittags 10 Uhr ist eine Besichtigung des Sehmachmaschinenbetriebes im „Dresdner Anzeiger“ geplant (Mödel, Viktorine, Dreidecker und Modell D der Anson-Monotypie). Die Kollegen wollen sich pünktlich 9 1/2 Uhr im Hotel „Ritterhof“, Breite Straße, schräg über vom „Dresdner Anzeiger“, einfinden. [217]  
 Abends 6 Uhr: Gemütliches Beisammensein im „Kaulbachhof“, bestehend in Vorträgen und Ball. — Auswärtige erhalten die Bahnfahrt vierter Klasse vergütet. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten.

Der Vorstand.

**Schriftgießerei.**

Zwei gebrauchte Handmaschinen in gutem Zustande werden zu kaufen gesucht: eine bis 48 Punkt und eine von 48 bis 120 Punkt. Adressen an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter B. N. 216.

**Werkmeister**

mit längerer Praxis, der auch im Korrektur- und Revisionlesen bewandert ist, in dauernde Stellung gesucht. Gefl. Offert. unter G. H. 91 hauptpostlagernd Stuttgart erbeten. [221]

**Maschinenmeister**

für alle Arbeiten, speziell für große Kataloge und Kalkulatur. Zwei Frankfurter Schnellpressen mit automatischem Bogenzuführer „Univerfal“. Älterer Herr bevorzugt. Dauernde Kondition gefordert. Rasches Arbeiten absolut erforderlich; andernfalls unnötig Offerte zu machen.

**Korrektor**

(Seher) in. auf. Sprachkenntnis. 29 Jahre alt, verheiratet, hochbildung. Mitteldeutschl. bevorzugt. Gute Zeugnisse vorhanden. Off. unter Nr. 218 an die Geschäftsstelle, die, 21. erbeten.

**Nickelmatrizen!**

Ein durchaus tüchtiger, im Ansehen sowie im Zustandhalten von Nickel- und Kupferbädern selbst arbeitender Galvanoplastiker sucht sich jetzt oder später event. als Helfer zu veränderen. Werte Off. unter Nr. 227 an die Geschäftsstelle, die, 21. erbeten.

**Korrektorposten befest.**

Bewerbern besten Dank. [223] Strecker & Schröder, Stuttgart.

**Zentrale der süddeutschen Buchdruckerfängerage**

Vorsitzender: Friedrich Schneider, Stuttgart, Rotenbüschstraße 73 II.

Alle diejenigen Kollegengangsvereine Süddeutschlands (einschl. Elsaß, Hessen und Hessen-Nassau), welche der Zentrale noch keine diesbezügliche Mitteilung zugehen ließen, werden um umgehende Beantwortung nachstehender Fragen an die oben angegebene Adresse dringend erfußt: 1. Ort und Name des Vereins; 2. Name und Adresse des Vereinsvorsitzenden; 3. Name und Adresse des Sängervorstandes; 4. Zahl der Sänger. [226]

**Klassiker-Bibliothek**

Lesen wir für nur 35 Mk. gegen monatliche Zahlung von nur 3 Mk., umfassend die Werke von: Schiller, Goethe, Büffing, Faust, Körner, Renau, Uhland, Kleist, Schlegel, Heine. 10 Werke, zusammen 72 Bände, in 24 eleganten Ganzleinenbänden gebunden.

**Klassiker-Verlag Otto & Ko.,**

Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Straße 68.

**Deutsche Buchdrucker- Stenographenvereinigung Stolze-Schrey.**

J. A.: Leo Münzke, Stettin, Bugenbagenstraße 17.

**Kalkulationsunterricht**

sowie Papierkenntnis erteilt schriftlich Kalkulationsbureau Berlin, W 35, Steglitzer Str. 84 b. — Prospekt gratis.

Stenographenunterricht. (Gabelsberger) erteilt briefl. oder u. leicht A. Buchs, Leiter des Fernunterrichts, der Vereinig. stenogr.-kundig. Buchdrucker in Deutschland, Hamm i. Westf., 103.

**Fort mit dem Vorurteil!**

Kaufen Sie sich wie der Amerikaner und Engländer Ihre Garderobe fertig! Sie können einen **tadellos. Anzug oder Überzieher** für dasselbe Geld erhalten, das Sie jetzt dem Schneider an Arbeitslohn und Zutaten zu zahlen haben! Sie haben keine größere Mühe, als Ihr Ihre Körperlänge und Brustumfang anzugeben. — Sofort erhalten Sie alsdann das gewünschte Kleidungsstück in tadelloser Ausführung. Verlangen Sie meine reich illustrierte Liste und Stoffmuster. Dies verpflichtet Sie zu nichts, zeigt Ihnen aber meine Vorteile.

**Gottfried Max Schulz in Görlitz/Laus.**  
 Versand vornehmer Herrengarderobe - Lieferung franko Haus



Ulster London Hochparade Neuheit in modern! Resedafarbe mit schönen Ziernoppen. Sehr begehrt. Vornehm weiter Schnitt. Mk. 28.50 netto

**Wenn wir Sie sprechen könnten**

würden wir Sie sicher überzeugen, dass Sie direkt aus unserer Fabrik **Herren-Anzug-Stoffe** Paletot-, Hosen-, Joppen-, Westenstoffe und Damentuche wirklich billig kaufen und noch andere Vorteile haben. — Stets letzte Neuheiten nur bester, tragfähigster Qualitäten in grösster Auswahl

**Lehmann & Assmy, Tuchfabrik Spremberg L. Postfach Nr. 121**  
 Verlangen Sie sofort Muster, wir senden dieselben an jedermann franko ohne Kaufzwang.



**Seherblusen**

echt blauweil gestreift u. in jeder Farbe:

	110	120	130	140 cm lg.
Qual. extra	3,40	3,60	3,80	4,00 Mk.
„ Pa.	3,10	3,20	3,35	3,50
„ I	2,85	3,00	3,15	3,30
„ II	2,55	2,70	2,85	3,00
„ III	2,20	2,35	2,50	2,65

Maschinenmeisteranzüge zu 2,50 - 4 Mk.  
 Arno Chold in Vera (R.)  
 Fabrik für Berufsleibung u. Wäsche.  
 Katalog frei! [47]



**Technikum für Buchdrucker**

Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännische Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung. Vorträge, Besuch von Museen und Fabriken, Unterricht im Setzungslesen und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-R., Senefelderstraße 13-17



**Meisterprüfung** in Buchdruckgewerbe v. F. B. Kludt, Mitglied der Meisterprüfungskommission in München 2 SO. 2. Auflage, 2,60 Mk. auf Postcheckkonto 910 oder Nachnahme. [48]

**Berlin** Charlottenstraße 7-8 (vis-à-vis Berliner Theater).

Empfehle den Kollegen meine Vereinszimmer (bis 100 Pers.) zu Sitzungen und Gesellschaften aller Art. — Zwei Kegelbahnen. — Billard. — Gute Küche. Franz Schirm.

**Dankfagung.**  
 Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden sowie für die freundliche Unterstützung bei der Begrubung meines lieben Bruders [220]

**Hermann Grau, Maschinenseher**  
 sage hiermit im Namen der Hinterbliebenen allen Beteiligten herzlichsten Dank!

Bew. C. Hartmann, geb. Grau, Berlin.

Am 28. Januar verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher

**Gustav Schmöle**  
 aus Gerlosau, im Alter von 48 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Hagen i. W. [228]